

Unrecht plus Unrecht ergibt kein Recht

POLITIK / INES KURSCHAT

Jean Asselborn hat entschieden: Männliche Asylsuchende, die in einem anderen EU-Land registriert sind, kommen hierzulande auf Wartelisten für ein Bett in einem der überfüllten Heime. So soll ermöglicht werden, dass Frauen und Kinder zuerst unterkommen.

Mit der Formel bricht Asselborn gleich mehrfach Recht – und das weiß er. Es gibt kein Vorrecht von Nicht-Dublinern gegenüber Dublin-Flüchtlingen bei der Aufnahme. Ebenso wenig existiert ein Vorrecht für Frauen und Kinder gegenüber Männern auf Unterbringung. Ihnen allen steht dasselbe Recht auf ein Bett zu.

Außenminister Asselborn sieht Luxemburg als Opfer einer vermurksten EU-Asylpolitik. Und es stimmt: Italien winkt Asylsuchende zunehmend durch, Belgien schottet sich gegenüber Dublin-Flüchtlingen ab.

Die Dublin-Regelung ist geltendes EU-Recht, aber sie ist unfair und unsolidarisch, weil sie die Küsten- und Grenzländer mit dem Fluchtproblem allein lässt. Luxemburg hat lange versucht, solidarisch zu sein und hat anteilig mehr Menschen aufgenommen als manch anderes EU-Land. Aber in einer unsolidarischen EU muss der Ansatz irgendwann an Grenzen stoßen.

Die Dublin-Verordnung muss endlich reformiert und ein Verteilungssystem nach Quoten eingeführt werden. Wenn es nicht mit der gesamten EU geht, weil sich einzelne Regierungen weigern, dann eben mit einem Kern-Europa. Außerdem muss ein Immigrationsrecht her, das den Namen verdient und Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben unter Auflagen eine echte Einwanderungsperspektive bietet.

Es ist aber nicht die gescheiterte EU-Asylpolitik allein, die jetzt dafür sorgt, dass Männer unter Luxemburger Brücken Zelte aufschlagen. Auch wenn der Minister beteuert, er habe seine Hausaufgaben gemacht, indem er in fünf Jahren die Anzahl der Betten verdoppelt hat – das ist nicht das Hauptproblem. Das liegt darin, dass selbst Menschen mit Aufenthaltserlaubnis jahrelang in den Strukturen verweilen, weil sie auf dem freien Markt keine bezahlbare Wohnung finden.

Flüchtlingsverbände warnen seit Jahren vor dem Stau und dem Frust, weil ganze Familien in einer Art Wartesaal verharren und kein neues Leben beginnen können. Die Wohnungsnot ist nicht neu, und die LSAP, der Asselborn angehört, ist die Partei mit der längsten Regierungszeit. Was seither in Sachen Schaffung von bezahlbarem Wohnraum geschehen ist, ist eindeutig zu wenig.

Asselborn fällt auf die Füße, was Partei und Regierung haben schleifen lassen: Die Verknappung von der Angebotsseite wirksam anzugehen und Menschen zu bezahlbaren Preisen unterzubringen. Alle Menschen.

Denn nicht nur Geflüchtete drohen, auf der Straße zu landen. Frauenhäuser platzen ebenfalls aus allen Nähten. Immer mehr Menschen können sich in Luxemburg kein Dach über dem Kopf leisten. Was geschieht, wenn diese Krise nicht angepackt wird, lässt sich in anderen Städten beobachten, in denen sich die Zeltstädte häufen. Und in denen Menschen alsbald nach Schuldigen für die Misere suchen.

Kontakt: ines.kurschat@wort.lu